



Arbeitswissen zum Lernmodul: **Demokratiemodelle und politische Partizipation. Repräsentative, direkte und partizipative Demokratie**

Voraussetzungen für ein demokratisches System

Die Demokratieforschung führt zahlreiche unterschiedliche Voraussetzungen für ein demokratisches politisches System an. Diese beziehen sich meist auf entwickelte nationalstaatliche Demokratien in (West-)Europa und Nordamerika, zum Teil auch auf erfolgreiche Übergänge von nicht-demokratischen Systemen zu „westlichen“ Demokratien, und auf das 19. und 20. Jahrhundert. Die im Folgenden aufgelisteten Bedingungen sind daher vor dem kulturellen Hintergrund (west-)europäischer und nordamerikanischer Demokratien formuliert – und damit nicht allgemein gültig. So verstehen sich Malaysia oder Singapur durchaus als Demokratien – wenn auch nicht im „westlichen“ Verständnis großer Selbstbestimmung und Freiheit des Individuums, sondern mit besonderer Betonung von Gemeinschaftswerten und einer starken Regierung. Offen ist, wie viele und welche der folgenden Voraussetzungen für ein demokratisches System (Schmidt 2000, 446-460) gegeben sein müssen:

- (1) ein hohes (markt-)wirtschaftliches und gesellschaftliches Entwicklungsniveau
- (2) eine offene und vielfältige (pluralistische) Gesellschaft
- (3) eine breite Streuung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Macht
- (4) ethnische und/oder religiöse Einheitlichkeit (Homogenität)
- (5) ein politischer Konsens über die Wichtigkeit von individueller Selbstbestimmung und Freiheit
- (6) freiheitssichernde Verfassungstraditionen
- (7) politische Kontrollen gegen Machtmissbrauch
- (8) an Demokratie interessierte politische Eliten (Führungskräfte) und Bevölkerung
- (9) ein demokratieförderndes internationales Umfeld (Nachbarstaaten)

Diese Voraussetzungen sind allerdings nicht zwingend und es gibt Gegenbeispiele: Indien bzw. Israel gelten trotz eines vergleichsweise niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus bzw. eines nicht demokratiefördernden politischen Umfelds als Demokratien. Indien und das demokratische Japan sind kulturell nicht (nur) vom westlichen Verständnis individueller Selbstbestimmung und Freiheit geprägt. Die USA und die Schweiz sind Demokratien, obwohl sie weder ethnisch, sprachlich noch religiös einheitlich sind. Abgesehen von wenigen deklarierten Ausnahmen (z.B. Vatikan, Saudi-Arabien), bezeichnen sich die meisten Staaten selbst als Demokratien – ob und inwiefern sie das „tatsächlich“ sind, ist aber bei vielen strittig. Im 20. Jahrhundert gab es mehrere Demokratisierungswellen (zuletzt in Mittel- und Osteuropa und vielen außereuropäischen Staaten). Derartige Übergänge zur Demokratie folgen keinem einheitlichen Muster: sie können nach militärischen Niederlagen nicht-demokratischer Systeme einsetzen (in Europa jeweils nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg); sie können zwischen einem nicht-demokratischen Regime und einer Demokratie fordernden Opposition „paktiert“ sein (Spanien 1976), aber auch abrupt durch den Zusammenbruch nicht demokratischer Regime eingeleitet werden (DDR, Rumänien 1989). Zur Festigung neuer Demokratien können die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation sowie ein gesellschaftlicher Grundkonsens der politischen Eliten (Führungskräfte) und der Bevölkerung über demokratische Prinzipien beitragen.

Aus: Schaller, Christian: Demokratie ist nicht gleich Demokratie, in: Dachs, Herbert/Fassmann, Heinz (Hg.), Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien. Wien 2002, S. 15 (nach Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung. Opladen 2000, S. 446-460)